

Bezugspreis:

Vierteljahr 3. - 2. - 1. - 2. - 2.
Jahrespreis 10. - 2. - 1. - 2. - 2.
... (rest of the text in this block)

Telegramm - Adresse:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Zerstreuer: Kurt Morosian, Nr. 151 90 - 151 97

Montag, den 28. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Zerstreuer: Kurt Morosian, Nr. 117 53 - 54

Vorkonferenz bei London.

Chequers, 28. Februar. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der
Agence Havas meldet: Lloyd George und Briand ver-
brachten den Tag in Chequers. Die Ministerpräsidenten und ihre
Umgebung benutzten die Gelegenheit zur Behandlung der großen
Fragen, die nächste Woche auf der Konferenz zur Sprache kommen
werden. Auf eine diesbezügliche Frage im Laufe des Nachmittags
gab Lloyd George die Antwort: Wir sind auf alle Ereignisse ge-
faßt.

London, 28. Februar. (Reuter.) Bei der Besprechung zwischen
dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten in Che-
quers, an der auch Foch und Beggand teilnahmen, wurde von
Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage über die Art der
Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem
Ausschuß von Sachverständigen zu unterbreiten.

London, 28. Februar. (WTB.) Nach dem „Observer“ hat die
Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen
zweiten, vom 20. Februar datierten Bericht unterbreitet. Darin
heißt es, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei
wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgendeinem
anderen Lande Europas (1). Es werde schwer sein zu beweisen,
daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag Deutschlands Lei-
stungsfähigkeit übersteige.

Abfahrt der deutschen Delegation.

Berlin, 28. Februar. (WTB.) Die deutsche Delegation
ist gestern Mittag vom Potsdamer Bahnhof abgefahren. Zur Ver-
abschiedung war der Reichskanzler auf dem Bahnhof erschienen, wo
er mit dem Minister des Auswärtigen in längerem Gespräch ver-
weilte. Unter den anwesenden Vertretern der Regierung befanden
sich die Staatssekretäre Hilbert und v. Hanke und eine Reihe

Beamter der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und der übrigen
Ministerien.

London, 28. Februar. (WTB.) Die deutschen Delegierten sind,
wie verlautet, während ihres hiesigen Aufenthalts Gäste der
britischen Regierung.

„Ball Mail Gazette and Globe“ zufolge ist der nächste Mitt-
woch jetzt als derjenige Tag festgesetzt worden, an dem die deut-
schen Delegierten zum ersten Male auf der Konferenz erscheinen
werden.

Gegen die Pariser Beschlüsse.

Düsseldorf, 28. Februar. (TL.) Die hier am Sonntagabend ab-
gehaltene Konferenz von Vertretern der Sozial-
demokratie aus dem gesamten Rheingebiet nahm hinsichtlich
der Pariser Forderungen der Entente einstimmig eine Resolution
an, in der es u. a. heißt: Die Pariser Beschlüsse sind in ihrer Aus-
wirkung für das Wirtschaftsleben und damit für die Arbeiterklasse
Deutschlands unerträglich. Die sozialistische Arbeiterklasse protestiert
deshalb auf das entschiedenste gegen diese Beschlüsse. Sie leitet ihr
Recht zu diesem Protest her aus der Haltung der deutschen Sozial-
demokratie, welche die Pflicht Deutschlands zur Wiedergut-
machung anerkennt, soweit die Lebensfähigkeit der deutschen
Wirtschaft dabei gewahrt bleibt. Die sozialistische Arbeiterklasse
lehnt jede nationalstaatliche Ausbeutung der Protestbewe-
gung ab und verlangt entschieden eine Politik im Reich und in den
deutschen Einzelstaaten, welche unter Betämpfung aller nationalstati-
schen Treibereien der Völkerverständigung dient. Diese Resolution
soll in den in den nächsten Tagen im Bezirk des unbesetzten Rhein-
landes einzuberufenden sozialistischen Protestversammlungen zur An-
nahme empfohlen werden.

Die Schwenkung der 900 000.

Von Eduard Bernstein.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich in
der Morgenausgabe ihrer Nummer vom 24. Februar in einem
„Die Schwenkung der 900 000“ überschriebenen Artikel mit
dem Ergebnis der preussischen Landtagswahlen. Einige der
Ausführungen dieses Artikels scheinen mir aus allgemeinen
Gründen zu einer Beantwortung herauszufordern.

Die „Arbeiterzeitung“ erklärt den Umstand, daß ziemlich
die gleiche Zahl von Wählern, die den Unabhängigen Sozial-
demokraten plus Kommunisten am 20. Februar untreu ge-
worden sind, die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands vermehrt haben, damit, daß Massen von Ar-
beitern „durch den Bruderkampf in den Reihen des revolutionä-
ren Sozialismus angewidert“, sich „nun wieder den Rechts-
sozialisten“ zugewendet haben. Das sei die Wirkung der durch
die Bolschewisten betriebenen Spaltung der Unabhängigen.
„Wenn heute Scheidemann triumphiert, ist das
Sinowjews Werk.“

Aus diesem Satz und noch anderen Bemerkungen der
„Arbeiterzeitung“ geht hervor, daß sie den Wahlerfolg der
Sozialdemokratischen Partei als einen bedauerlichen Umstand
empfindet. Ein deutliches Zeichen, wie sehr diesem so geschickt
geschriebenen Blatt die Fähigkeit verlorengegangen ist, große
politische Fragen frei vom kleinlichen Gesichtspunkt des Frak-
tionshaders zu betrachten.

Worum hat es sich bei den Wahlen zum Preussischen
Landtag gehandelt? Die „Arbeiterzeitung“ wird so viel von
den Dingen in Preußen verstehen, daß eine Verwirklichung
der von ihr erstrebten Re- t e r e p u b l i k zurzeit außer jedem
Bereich der Möglichkeit steht. Es kommt also heute vor allem
darauf an, die demokratische Republik zu erhalten und
gegen die Reaktion zu befestigen. Dazu ist aber eine
Partei notwendig, die selbst fest auf dem Boden dieser Repu-
blik steht, den Willen und die Kraft hat, sie innerhalb
und außerhalb des Parlaments zu verteidigen, und bereit ist,
ihren Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, an ihrem inneren
Ausbau mitzuarbeiten und ihr die Mittel zum Leben und
Wirken zu bewilligen.

Das gilt aber in Preußen wie überhaupt in Deutschland
von keiner Partei in gleichem Maße wie von der Sozialdemo-
kratischen Partei, für die die „Arbeiterzeitung“ nur den in
ihren Augen herabgehenden Namen „Rechtssozialisten“ hat.
Von den sozialistischen Parteien Deutschlands ist sie, wie ich
kürzlich an dieser Stelle ausgeführt habe, die einzige, die
politisch zur Republik steht. Dank ihrer Haltung ist es
geschehen, daß Preußen seit den Tagen der Revolution eine
Regierung gehabt hat, die, wenn nicht ganz aus Sozialdemo-
kraten, so doch wenigstens aus entschiedenen auf dem Boden der
Republik stehenden Politikern zusammengesetzt ist, und i h r e m
von der „Arbeiterzeitung“ beklagten Wahlerfolge wird es ge-
schuldet sein, wenn Preußen der führende Staat des politischen
und sozialen Fortschritts in Deutschland bleibt, statt wieder
der Sinkerstaat zu werden, von dem längst die „Arbeiter-
zeitung“ in einem gegen Scheidemann gerichteten Artikel
sprach.

Das sieht heute die große Mehrheit der sozialistischen Ar-
beiter in Preußen ein, und daher der große Wahlerfolg un-
serer Partei. Die „Arbeiterzeitung“ ist im Irrtum, wenn
sie ihn ausschließlich auf den Widerwillen über den Partei-
hader im Hause des — um mit ihr zu reden — „revolutionären
Sozialismus“ zurückführt. Gewiß hat dieser Hader viele Ar-
beiter abgestoßen. Aber das war nur die erste äußerliche Wir-
kung. Viel bedeutamer ist, daß er noch größere Massen von
Arbeitern zum Nachdenken veranlaßt, ihre politische
Erkenntnis geschärft hat. Die Arbeiter, bei denen das
Gefühl des Eifers eingezogen ist, sind bei dieser Wahl, wie die
Stimmziffern zeigen, zu Hause geblieben. Was die andern zu
unserer Partei geführt hat, ist die wachsende Erkenntnis von
den politischen Notwendigkeiten in unserem Lande.

Und das ist ein Prozeß, der noch nicht abge-
schlossen ist. Ich werde nicht der einzige sein, dem in
diesem Wahlkampf aufgefallen ist, wie sehr die politische
Seele eines großen Prozentsahes der zurzeit noch bei den Un-
abhängigen oder Kommunisten stehenden Arbeiter unserer
Partei gegenüber an Angriffs kraft verloren hat. Wenn
sie uns reinem außer durch Zwischenrufen entgegengetreten, so
wissen sie auch von der Tribune herunter fast nur Ge-
schichten aus der Vergangenheit der Partei vor-
zubringen. Von Kritik an der gegenwärtigen Haltung
der Partei ist entweder gar nichts oder nur so Schwaches zu
vernehmen, daß es auf die zuhörenden Arbeiter gar keinen
Eindruck macht.

Das ist die bemerkenswerteste Beobachtung, die ich in
diesem Wahlkampf gemacht habe und die mir von Mitgliedern
der Partei, mit denen ich darüber sprach, auch als die ihre
geschildert worden ist. Wenn die Wiener „Arbeiterzeitung“
diese Erscheinung bedauern zu müssen glaubt, so möchte ich
sie ersuchen, einmal folgendes zu überlegen. Nehmen wir an,
Ihr Herzenswunsch sei in Erfüllung gegangen, hätt der
Sozialdemokratischen Partei sei die Unabhängige Sozialdemo-
kratische als die stärkste sozialistische Partei Preußens aus dem

Franz Diederich gestorben

Im 56. Lebensjahre ist heute vormittag nach mehrwöchi-
ger Krankheit der Feuilleton-Redakteur unseres Blattes, Ge-
nosse Dr. Franz Diederich, in Polzin (Pommern), wo er zur Erholung weilte, gestorben. Während seiner Krank-
heit hatte er noch eines seiner Kinder durch den Tod verloren.
Dr. Diederich, der seit langen Jahrzehnten in der sozialdemo-
kratischen Presse tätig war, gehörte dem Redaktionsverband
des „Vorwärts“ seit dem Jahre 1913 an, nachdem er vorher
an den Parteiblättern in Dortmund, Bremen und Dresden,
teils als politischer Kämpfer, teils als Leiter des Feuilletons
gewirkt hatte. Diederich gehörte auch dem Zentral-
bildungsausschuß der Partei und der Leitung der Ber-
liner Volksbühne an.

Eine Würdigung des uns unvergeßlichen Mitkämpfers
als Mensch und Kameraden geben wir im Feuilleton dieses
Blattes. Aus Polzin wird die Leiche unseres Freundes nach
Berlin übergeführt und hier zur letzten Ruhe bestattet werden.

Die Wiener Internationale.

Gegen die Pariser Beschlüsse.

Wien, 26. Februar. (WTB.) In der Nachmittags Sitzung der
Internationalen Sozialistenkonferenz referierte Mistrail-Franck
über den Kampf gegen die Gegenrevolution. Die von der
Kommission vorgeschlagene Resolution verlangt die Internatio-
nalisierung der Kriegsschulden und die Teilnahme der
vom Kriege weniger heimgeführten oder von ihm verschont gebliebenen
Länder an der Reparation. Sie spricht sich für die Entmäch-
tigung der deutschen militärischen Organisationen (wie Orgefa usw.)
aus, der aber die allgemeine Abrüstung in allen Ländern
folgen müsse. Schließlich fordert sie die sozialistischen Parteien auf,
Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten gegen den
Militarismus, für die allgemeine Revision der Friedensver-
träge und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese Kund-
gebungen sollen am 13. März und am 1. Mai stattfinden.

Dr. Hilferding-Berlin unterstützt die Resolution. Die
Bewirkung der Pariser Beschlüsse würde die Krise, die sich in
der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, im englischen Berg-
bau und anderwärts zeige, ungemein verschärfen. Wenn die Lon-
doner Konferenz scheitert und Europa aufs neue in
Flammen gestürzt werde, dann müsse das zusammenstürzende Europa
den revolutionären Sozialismus unerschrocken finden. (Lebhafte
Beifall.) Bracke-Frankreich und Hudson-England (Man-
chester) verurteilten gleichfalls die Pariser Beschlüsse. Letzterer er-
klärte, die englischen Arbeiter seien nicht mehr geneigt, gutwillig ver-
tragsmäßige Widerstand zu leisten, da man auf Kosten der Unter-
werfung eines ganzen Volkes nie zur Reparation gelangen könne.
Er weist auf die Arbeitslosigkeit Englands und bemerkt, die
„glückliche von Wales müßten feiern, weil kein Bedarf an

Kohlen vorhanden sei, während Frankreich zuviel Kohlen habe und
Österreich infolge des Kohlenmangels zugrunde gehe.

Dr. Otto Bauer-Wien erörterte die Verhältnisse in dem
der Entente ausgelieferten Deutschösterreich und sprach die Hoffnung
aus, daß die sozialistischen Parteien der anderen Länder, falls die
Entente mit militärischen Nachmitteln Deutschösterreich entgegen-
trete, dem Lande helfen werden.

Songuet-Frankreich erklärte, es sei die Aufgabe der fran-
zösischen Arbeiterklasse, sich gegen jene Hezer zu wenden, die jetzt
in Frankreich die Oberhand gewonnen haben. Wenn die Entente
für Österreich nicht eine andere Lösung durchführe, dann könne
niemand das österreichische Volk verhindern, sich an Deutsch-
land anzuschließen. (Lebhafte Beifall.)

Renaudel-Frankreich erklärte dagegen, die französischen
Genossen dürften das nationale Problem nicht vergessen. Die
Benötigung Frankreichs für eine neue Invasion. Das
französische Volk sei nicht reaktionär. Die französischen Sozialisten
würden aber von der Mehrheit der Bevölkerung nicht ganz ver-
standen. Im übrigen sei er vollkommen mit einer Revision des
Friedensvertrages einverstanden.

Dr. Bauer-Wien dankte Songuet im Namen der Wiener
Arbeiterklasse und trat unter allgemeinem Beifall den Ausführungen
Renaudels entgegen.

Allhead-England wandte sich gegen den britischen Impo-
rtalismus und bezeichnete den Völkerverbund als eine kapitalistische
Organisation, die nicht inlande sei, den Frieden zu sichern.

Hierauf beendete die Konferenz ihre Arbeit. In das Exekutiv-
komitee für die internationale Arbeitsgemeinschaft wurden für
Deutschland Crispin und Ledebour gewählt. Die vorge-
schlagenen Resolutionen wurden angenommen. Zum Schluß erklärte
Ledebour, die Hauptsache der Konferenz sei durch die Gründung der
Arbeitsgemeinschaft gelungen. Schöne Resolutionen allein
könnten nicht helfen, sondern nur die revolutionäre Tat.

Ein Kommunistenprozeß in Frankreich.

Paris, 28. Februar. (WTB.) Vor dem Schwurgericht begann
gestern vormittag der politische Prozeß gegen die Kommu-
nisten, die beschuldigt werden, in ein Komplott gegen die Sicherheit
des Staats verwickelt gewesen zu sein. Die Anklage steht im Zu-
sammenhang mit dem Generalkrieg, der im vorigen Jahre im
Anschluß an die Moskauer erklärt wurde. Die Hauptangeklagten sind
der Journalist Bois-Soubaine, der Lehrer Borlot und
Rotta vom Ausschuß für die 3. Internationale, ferner der Ge-
werkschaftsführer der Eisenbahner Monasseau. In der An-
klageschrift wird erklärt, die Auslandsbewegung hätte revolutionären
russischen Charakter gehabt. Sie sei auf Veranlassung Lenins und
mit Geld geführt worden, das der Ausschuß der 3. Internationale
geliefert habe.

Blutige Zusammenstöße in Apulien.

Rom, 28. Februar. (TL.) Die „Tribuna“ meldet aus Bari, daß
die Nationalisten die Arbeitskammer von Terlizzi ein-
geschloßen haben. Andererseits meldet die „Epoca“, daß National-
isten und Sozialisten sich in den Straßen von Conversano be-
kämpften. Ein Beamter ist erdolcht worden. Die Lage ist ernst.

Wahlkampf hervorgegangen, die erstere aber auf 50 oder noch weniger Mitglieder zusammenschmolzen. Was wäre die Folge für die politische Lage in Preußen gewesen? Eine Stärkung des Einflusses der Sozialisten auf die politischen Entscheidungen? Die „Arbeiterzeitung“ selbst wird das nicht zu behaupten wagen. Zu klar sprechen alle Wahrscheinlichkeiten für das Gegenteil. Der Kurs nach rechts wäre Wahrheit geworden, von dem wir dank des Wahlerfolges der Kommunisten S.P.D. voraussichtlich verschont bleiben. An die Stelle einer demokratisch-sozialistischen Koalition wäre eine mittelparteiliche Koalition mit gestärktem rechten Flügel getreten. Mit welchen verhängnisvollen Rückwirkungen auf die ganze deutsche Politik und namentlich Deutschlands außenpolitische Lage, werde ich der „Arbeiterzeitung“ nicht erst auseinanderzusetzen haben.

Selbst vom Gesichtspunkt der Fragen aus, die ihr als Organ der Sozialdemokratie Österreichs besonders am Herzen liegen, hat die Wiener „Arbeiterzeitung“ alle Ursache, sich darüber zu freuen, daß nicht die sozialistischen Parteien, denen sie den Titel „revolutionär“ beilegt, sondern die Partei, die sie als reformistisch zu den Verdammten wirft, als die stärkere aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist. Die Politik der Kommunisten treibt, wenn nicht direkt der Reaktion, so einem Zustand der Anarchie zu, dessen Ende bei der sozialen Gliederung und wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands ebenfalls nur Reaktion helfen würde. Und die Politik, die die Unabhängigen bisher betrieben haben, würde zu nichts Besserem führen. Wie es gekommen ist, können wir aber hoffen, und wollen wir daher hoffen, daß die Unabhängigen es nicht bei dem ersten Schritt von Moskau hinweg bewenden lassen werden.

Zum Schluß noch ein Wort über die Gegenüberstellung Sinowjew-Scheidemann. Von der „Arbeiterzeitung“, die wenige Nummern vorher den letztgenannten wegen seines Buches „Der Zusammenbruch“ als politisch und moralisch minderwertig hingestellt hatte, ist sie so aufzufassen, als bedeute der Wahlerfolg der Partei einen Sieg dessen, was sie an Scheidemann i. d. d. l., wie sie denn auch an einer Stelle von der Partei kurzweg als „die Scheidemann“ spricht. Ich glaube einem allgemeinen Empfinden der Partei einschließlich Scheidemanns Ausdruck zu geben, wenn ich gegen diese Art von Personalisierung ganz entschieden Verwahrung einlege. Scheidemanns Buch mag von politischen Verstößen nicht frei sein. Aber über die organisatorisch stärkste, politisch leistungsfähigste und schaffenskräftigste Partei der deutschen Arbeiter so ungerecht und — ich bedauere das hinzufügen zu müssen — mit so geringer Kenntnis der Dinge zu schreiben, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ tut, ist ein in keiner Weise geringerer Verstoß. Mit solcher Behandlung der großen Fragen der sozialdemokratischen Politik rekonstruiert man die sozialistische Internationale nun und nimmermehr.

Vereinfachung der Staatsverwaltung?

Einige Zeitungen brachten dieser Tage die Mitteilung, daß der von der Reichsregierung eingesetzte Ausschuss zur Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung seine Tätigkeit auch auf die Neuordnung der preussischen Behörden erstrecken solle. Die Nachricht war natürlich falsch und ist inzwischen auch demontiert worden.

Wie wir aber von gut unterrichteter Seite erfahren, beschäftigt man sich in preussischen Regierungskreisen seit langem sehr ernsthaft mit der Frage, wie nach dem Übergang der Heeresverwaltung, der Eisenbahn, der Wasserstraßen, der Zölle und der indirekten Steuern auf das Reich eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Zusammenlegung der Zentralbehörden herbeigeführt werden kann. Im Mittelpunkt der Erörterung scheinen Vorschläge des Ministers Deser zu stehen, die eine einheitliche Verwaltung des gesamten Staatsvermögens (Kapitalien, Domänen, Forsten, Bergwerke) in einem Ministerium unter gleichzeitiger Bildung eines gemein-

samen Wirtschaftsministeriums für Handel, Industrie, Ackerbau und Viehzucht anstreben.

Dieser Plan deckt sich anscheinend mit ähnlichen Vorschlägen, die, wenn wir uns recht erinnern, Genosse Lademann vor seiner Wahl zum preussischen Finanzminister als Abgeordneter gemacht hat. Seine Durchführung würde bedeuten, daß aus drei Ministerien zwei würden und damit die Gesamtzahl der preussischen Ministerien auf sieben herabgemindert würde. Ob damit bereits das äußerste Maß der im Interesse der Sparsamkeit gebotenen Vereinfachung der Staatsverwaltung erreicht sein würde, will uns zweifelhaft erscheinen; für sehr begrüßenswert halten wir es jedenfalls, wenn auf diese Weise in Preußen die Führung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik ermöglicht würde, ein Zustand, der im Reich bereits eine Zeitlang bestanden hat, durch die Schaffung eines besonderen Ernährungsministeriums für Herrn Hermes aber leider wieder beseitigt worden ist. Soviel uns bekannt ist, hat sich übrigens im Reich die Trennung zwischen Schatz- und Finanzministerium gar nicht bewährt und ihre Zusammenlegung wird in den beteiligten Kreisen seit längerer Zeit erwogen.

Auf die Bildung der neuen Regierung Preußens dürften die Vereinfachungspläne wohl kaum von Einfluß sein, es sei denn, daß die volksparteilichen „Fachminister“ die Sache in die Hand nehmen...

Das Raten um Preußen.

Im „Berliner Tageblatt“ bespricht der demokratische Minister Deser die Frage der Regierungsbildung in Preußen, insbesondere das neue Schlagwort von der „Homogenität“, die zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung herrschen müsse. Er macht in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam, mit welcher Großzügigkeit Preußen bestrahlt gewesen ist, dem Reich nach dem Zusammenbruch neuen festen Halt zu geben, um dadurch Deutschland zu sichern. Vielleicht hat Preußen die entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt. Die Ueberführung der Eisenbahnen und Wasserstraßen in den Besitz des Reiches wäre beispielsweise ohne die sachliche und persönliche Mitwirkung Preußens schwerlich vollzogen worden, ebenso hat es die Finanz- und Zollverwaltung dem Reich zugebracht, und wenn es dabei aus seiner intimeren Kenntnis verwaltungstechnischer Schwierigkeiten vor allzu stürmischem Vorgehen warnen mußte, so hat ihm der weitere Verlauf gewiß nicht unrecht gegeben. Das sind geschichtliche Tatsachen von einer Größe, der gegenüber kleinliche Kritik einfach verstummen müßte.

Die Erinnerung an diese Tatsachen dürfte dem Gerede von der notwendigen „Homogenität“ jeden Boden entziehen. Deser empfiehlt ein Zusammenarbeiten zwischen beiden Ministerien und einen Mittelsmann, etwa einen Minister ohne Portefeuille, der beiden Kabinettsberatungen regelmäßig beizuhören sollte.

Das führende ostdeutsche Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“, wies gestern eine Reihe von Gerüchten zurück, mit denen rechtsstehende Blätter das Zentrum in ihre Kombination zur preussischen Regierungsbildung hineinziehen wollten. Es sei unrichtig, daß der bisherige Zentrumsführer, der Abgeordnete Geheimrat Borch, den Posten eines Ministerpräsidenten anstrebe oder Kultusminister werden wolle. Geheimrat Borch wolle überhaupt kein Ministerium übernehmen und der Posten eines Kultusministers werde vom Zentrum überhaupt nicht angestrebt.

Eine Sitzung des bisherigen Bezirksvorstandes der mittelschlesischen Sozialdemokratie nahm zur Regierungsbildung Stellung und stimmte dem Vorsitzenden, Abgeordneten Scholich, zu, der sich gegen ein Zusammengehen mit der „Deutschen Volkspartei“ wandte. Die alte Koalition habe in Preußen eine genügende Mehrheit, zumal die Unabhängigen sich in vielen Fragen nicht gegen sie

werden wenden können. Eine rein bürgerliche Regierung sei nur unter Einfluß der Deutschnationalen möglich.

Auch die Vertreter der Sozialdemokraten vom Oberrhein und dem besetzten und unbesetzten Niederrhein haben am Sonnabend in einer Konferenz in Düsseldorf zur Regierungsbildung in Preußen Stellung genommen. Nach einem Referat des Abgeordneten Limberg aus Essen wurde einstimmig beschlossen, eine Erweiterung der Koalition nach rechts abzulehnen. Die alte Koalition, bestehend aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, sei vollständig in der Lage, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Entwicklung und Kampf.

Der Leitartikel unserer Werbenummer vom 24. Februar: „Unsere Stärke“ hat „Freiheit“ und „Rote Fahne“ in ziemlich freudiger Verheerung verfehlt. Das Bestreben der beiden Blätter, unsere Darlegungen als gänzlich belanglos, veraltet, unsozialistisch usw. hinzustellen, findet einen förmlich anmutenden Gegensatz in der unerhörten Beschäftigkeit, mit der sie gerade gegen diesen Artikel polemisieren. Die „Freiheit“ opfert in ihrer Sonntagsnummer schon den zweiten Leitartikel der Widerlegung. Die „Rote Fahne“ hat einen Leitartikel für notwendig gehalten. Dabei kämpfen beide Blätter gegen Windmühlen. Sie unterschätzen uns, weil wir den Entwicklungsstandpunkt betont haben, die Ansicht von einer „ganz reibungslosen“ Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, von einer „friedlichen Ablösung“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische. Hätten die Herrschaften nur lesen gelernt! Dann würde ihnen folgender Satz nicht entgangen sein:

Vertrauen auf die Entwicklung ist nicht tatenloser Fatalismus. Was als Vergangenheit für den Rückblenden Entwicklung heißt, das bedeutet als Zukunft für den Vorwärtstrebenden Kampf und schweres Ringen.

Es ist uns also nicht eingefallen, den Kampfgedanken und den Kampfcharakter der Sozialdemokratie irgendwie zu verleugnen. Wir leugnen auch nicht, daß künstlich gestaute Entwicklungen mitunter mit revolutionärer Kraft die Dämme zerreißen müssen. Ein solcher Dammbrech war 1918. Aber wir bestreiten nach wie vor, daß sich mit ein paar revolutionären Schlägen kurzerhand eine neue Wirtschaftsordnung aufbauen läßt. Die Revolution beseitigt nur Hindernisse, die sich dem Werden der neuen Wirtschaftsform in den Weg stellen. Selbst wachsen kann diese nur auf dem Wege wirtschaftlicher Entwicklung. Wie man wohl auf einem Bauplatz altes Gemäuer durch Dynamit wegprengen kann, das neue Gebäude aber nur errichtet, indem man Stein auf Stein legt. Die Baukunst vermittelt Dynamit ist noch nicht erfunden worden.

Abstimmungsverkehr nach Oberschlesien.

Zu der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien hat die Eisenbahnerverwaltung zur Sicherstellung der rechtzeitiggen Beförderung und des Zutreffens im Abstimmungsgebiet selbst umfangreiche Maßnahmen getroffen. Der Schwerpunkt des eigentlichen Abstimmungsverkehrs, der mit dem 8. März einsetzt, bildet ein Sonderzugprogramm von etwa 250 Sonderzügen, die aus allen Gegenden Deutschlands während einer eintägigen Transportperiode in das Abstimmungsgebiet gefahren werden sollen.

Von diesen Sonderzügen sollen allein 90 in Schlesien selbst, rund 60 in Berlin und etwa 35 in Westfalen beginnen, während aus den übrigen Gegenden des Reiches entsprechend ihrer geringeren Bevölkerung mit Stimmberechtigten verhältnismäßig weniger Züge gefahren werden. Die Stimmberechtigten aus Ostpreußen gelangen zum Teil über den Seemweg Pillau-Swinemünde nach Berlin, von wo aus ihre Weiterbeförderung in Sonderzügen erfolgt, oder sie benutzen die Schnellzüge Ostpreußen-Berlin. Jeder Sonderzug hat einen entsprechenden Gegenzug, so daß diejenigen Reisenden, die zuerst in das Abstimmungsgebiet befördert werden, auch zuerst wieder die Rückreise antreten können. Die besonderen

gallen auch jetzt noch der Sorge für sein Blatt. Am 25. Februar schrieb er aus Polzin, daß er Ende des Monats bestimmt die „böse schwarze Arbeitspause“ schließen wolle. Gleichzeitig mit dem Brief traf die Nachricht von seinem Tode ein. Er hat mit dem Ende des Monats nicht die Arbeitspause, sondern ein arbeitsreiches Leben im Dienste des Proletariats für immer geschlossen, ein Leben, für das ihm der Dank und die ehrende Erinnerung der deutschen Arbeiterschaft und über ihre Reihen hinaus aller geistig Strebenden gewiß ist. E. R.-r.

Wir geben nachstehend den letzten Brief unseres Kollegen Franz Diederich (unter Ausschaltung einiger rein privater Stellen) wieder, der gleichzeitig mit seiner Todesnachricht eintraf. Der Adressat des Briefes, Kollege Stampfer, liegt selber zurzeit an einer schweren Operation in der Klinik. Es ist ein Brief, den nur ein Dichter schreiben konnte:

Polzin i. P., Gesellschaftshaus, 25. Februar 1921.
Lieber Genosse St.! — Ein Lebenszeichen endlich einmal. Ich sende es mit einigem Mut. Daß ich mit Ende dieses Monats diese böse, schwarze Arbeitspause schließen wolle, wird Ihnen D., dem ich davon sprach, mitgeteilt haben. Diese Woche nun in der Winterzeit von Polzin hat mich tatsächlich so sehr vorwärts gebracht, daß ich endlich einmal das sichere Gefühl habe, gehen zu sein. (Meine Frau bemerkt hierbei, ich sei ein ewiger Optimist; aber sie sagt es lächelnd.) Meine Frau bleibt laut ärztlicher Verordnung noch bis zum 15. März hier; ich aber werde am Dienstag heimfahren und dann am Donnerstag wieder in der Redaktion sein...

Kennen Sie Polzin? Hier hat Pomern mitteleuropäischen Berglandschaftscharakter. Bräutliche Laubwälder mit riesigen Tannen untermischt. Breite Wiesen dazwischen. Mengen von Quellen. Nebenfließende Bäche, die in schmalen, geschlechtsartigen Betten inmitten dicker alter Urstromtäler hinsickern. Schneefriede, Schneetupfen, Eisflächen sind überall. Alles Wandern kann nur Ausflüglern sein. Aber das gerade ist vollkommen das Erwünschte. Und die Politik? werden Sie fragen. Man politisiert mit den kleinen Leuten und freut sich, daß sie sehr begehrt die Rosen aufspannen, wenn man von der vernünftigen Arbeit der S.P.D. spricht. Grüßen Sie die Kollegen herzlich. Ihr Franz Diederich.

Die frohe Hoffnung dieses Briefes auf Genesung hat sich nicht erfüllt. Der Arbeitsfreudige ist zur ewigen Ruhe eingegangen. In unserem tiefen Schmerz ist uns dieser Brief ein Trost als Zeugnis dafür, daß Franz Diederich die letzten Tage seines Daseins auf der Höhe seines ganzen Lebens verbracht hat, in inniger Verwachsendheit mit den großen Dingen der Natur und dem Freiheitsstreben der Menschen.

Franz Diederich

Mit tiefer Trauer und inniger Begeisterung gehen wir an die Niederschrift dieser Zeilen. Ein Dichter, ein Sänger des Proletariats ist nicht mehr, ein Mensch ist von uns gegangen, der so erfüllt war von reiner Menschlichkeit, daß der Gedanke, ihn fürder missen zu müssen, nur schwer im Herzen derer Eingang findet, die mit ihm zusammen gearbeitet und gestrebt haben.

Franz Diederich war eine der Naturen, die ein höheres Ethos, ein tieferes Begreifen der Dinge, ein Nähersein an den geheimnisvollen Quellen der Natur zum Dichter machte. Kein schöngestimmtes Formtalent. Dichten war ihm Feiertag, innerste Seelenbewegung. Und was er schrieb, das erklang feiertäglich, ernst und herb. Ausrufen und weiden wollte er, das Beste aus den Menschen herauszuholen, das Edelste und Verborgenste an das Licht ziehen. Was nur unterbricht oder Sinne befriedigt, blieb aus dem Kreise seines Dichtens verbannt. Etwas streng Priesterliches haftete seiner Auffassung und Art an.

Woll Franz Diederich aus tiefstem Ethos heraus schrieb, deshalb war er ein Dichter des Proletariats. Das Ringen der Unterdrückten um Freiheit und Menschentum hat allzeit im Mittelpunkt seines dichterischen Erlebens gestanden. In seiner mitschwingenden Seele lebte er die Leiden der Millionen, ballte er ihren Haß gegen die Unterdrückung, aber in ihm leuchtete auch klar und veröhnend der felsenfesteste Glaube an ein besseres Reich. Franz Diederich war ein fruchtbarer Schaffender, wenn auch nicht produktiv im Sinne der Viel-schreiber. In wenigen schmalen Hefen sind die Gedichte gesammelt, in denen seine rein lyrisch gerichtete Gestaltungskraft sich auswirkte. Sie wollen in ernstem und nachdenklichen Stunden gelesen sein.

Doch neben diesem eigensten Wert des Verstorbenen steht ein zweites, kaum minder wertvolles: Franz Diederich darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, dem Proletariat seine Dichter erst nahegebracht, teilweise sogar erst entdeckt zu haben. Raslos und unermüdet sammelte er die freipolitische und revolutionäre Dichtkunst aller Zeiten, aller Völker. Die besten deutschen Umdichtungen fremdsprachiger Freiheitgedichte rühren von ihm her. In seinem zweibändigen Werk „Von unten auf“ hat er eine Blütenlese der Freiheitdichtung geschaffen, der nichts Ähnliches an die Seite gestellt werden kann. Die Vereinigung von künstlerischem und freipolitischem Denken, die sich in ihm vollzog, gab ihm die Fähigkeit, mit sicherem Blick verwandte Verbindungen in der

Literatur überall zu erkennen, das Unkünstlerische und rein Tendenziöse auszuschalten. Eine Ergänzung zu dem Hauptwerk schuf er noch in dem letzten Jahre, als er Heinrich Heines politische Lyrik in einem Sammelband vereinigte. Vor Jahren hat er auch einen halb verschollenen der Vergessenheit entziffert, den Berliner Glasbrenner, den Satiriker des Jahres 1848. Während des Weltkrieges sammelte er in dem Bande „Herzen im Kriege“, was wirkliche Dichter der Gegenwart und früherer Zeiten unter dem Eindruck des großen Mordens geschrieben hatten, ein schneidender Kontrast zur offiziellen Kriegspoesie. Sein eigenes Empfinden spiegelte der Gedichtband „Kriegsfaat“.

Doch von dem Dichterischen griff seine Sammlertätigkeit auch auf das politische-wissenschaftliche Gebiet über. Sein Marg-Brevier, sein Bassalle-Brevier, Sammlung von Kernstellen aus den Schriften unserer Partei-Gründer, legen Zeugnis davon ab. Wie denn überhaupt im Dichterischen Franz Diederichs Eigenart sich nicht erschöpfte. Er war nicht nur Dichter, er war Kämpfer und hätte sich nie als bloßer Zuschauer bei den Ereignissen wohlgeföhlt. Als politischer Redakteur an der sozialdemokratischen Parteipresse begann er seine sozialistische Laufbahn und hat manches Jahr im Gefängnis für die Sache der Arbeiterschaft zugebracht, in einer Zeit, als unsere Presse den grimmigsten Verfolgungen der Klassenjustiz ausgesetzt war. Es zeugt für die große verzehrende Güte, die im Grunde seiner Natur lag, daß er davon später nur mit Humor, nie mit Ingrimm erzählt hat.

Franz Diederich wurde am 2. April 1864 in Hannover geboren. In seiner Natur vereinigten sich die Kernhaftigkeit, der nachdenkliche Humor und die tiefe Beschaulichkeit des Niedersachsentums. Er studierte Naturwissenschaft und Völkerkunde, sein Wissen auf diesen Gebieten — und nicht nur diesen — war außerordentlich umfangreich und gebiegen. Er begann als Mitarbeiter des Brockhauschen Konversationslexikons sein Brot zu verdienen. Aber bald trieb es ihn in die Reihen der sozialistischen Kämpfer, in Dortmund, Bremen, Dresden war er als Redakteur an der Parteipresse tätig. 1913 kam er an den „Vorwärts“, für dessen Feuilleton er unermüdet und hingebend gearbeitet hat.

Der Krieg hat auch ihn niedergeworfen. Die Entbehrungen, die Nahrungsorgen für seine zahlreiche Familie untergraben seine Gesundheit. Tapfer und treu hat er in allen Leiden ausgehalten, bis er am Ende des Jahres 1920 völlig zusammenbrach. Zu allem Unglück gefolte sich auch noch der Tod seines jüngsten Kindes, wohl auch eine Folge der Entbehrungen, an denen die Familie litt. In längerem Urlaub suchte er Wiederherstellung seiner Gesundheit. Seine Gedanken

